

PRESSEMITTEILUNG

100 Tage neues Vergabegesetz, aber keine neue Vergabe Berliner FAIRgabe-Bündnis kritisiert Senatsverwaltungen

Berlin, 29.10.2010. Die im FAIRgabe-Bündnis vertretenen Gewerkschaften und umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen aus Berlin kritisieren die unbefriedigende Umsetzung des neuen Landesvergabegesetzes, das am 22.07.2010, also vor 100 Tagen in Kraft trat.

Berlin gibt jährlich vier bis fünf Milliarden Euro für Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen aus. Im neuen Gesetz ist auch geregelt, wie das Land Berlin bei seinen Ausgaben soziale, ökologische und faire Kriterien berücksichtigt. Ein Blick in aktuelle Ausschreibungen genügt, um festzustellen, dass das neue Vergabegesetz bei den zuständigen Stellen offenbar noch nicht oder höchstens in Ausnahmefällen angekommen ist. Tariftreue, ILO-Normen oder ökologische Kriterien sucht man zumeist vergeblich. Ohne gezielte Qualifizierung sind die Vergabestellen oft mit Sozial- und Öko-Kriterien überfordert, zumal viele Vergabestellen personell kaum in der Lage sind, neue Aufgaben quasi nebenbei zu bewältigen.

Das FAIRgabe-Bündnis fordert, dass mehr Ressourcen investiert werden, um die im neuen Landesvergabegesetz enthaltenen Bestimmungen wie die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und ökologische Kriterien auch zeitnah in die Beschaffungspraxis umzusetzen.

„Nach wie vor fehlt eine klare, übergeordnete Zielsetzung im Sinne einer sozialen, ökologischen und entwicklungspolitisch verantwortungsvollen Beschaffung in Berlin“, so Astrid Geiermann für den Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER). „Eine rechtssichere Integration der ILO-Kernarbeitsnormen muss zukunftsweisend entwickelt werden. Nur so wird faire Beschaffung die erwünschten entwicklungspolitischen Wirkungen zeigen.“

Doro Zinke, Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg kritisiert die zögerliche Umsetzung des Gesetzes. So hätten die Abgeordneten – anders als vom Senat ursprünglich vorgesehen – die verbindliche Einrichtung einer Kontrollkommission gefordert und beschlossen. Bisher sei jedoch völlig unklar, wann diese Kommission eingerichtet wird, wer darin vertreten sein soll und welche Befugnisse die Kommission haben soll. „Der Senat sollte nicht den Eindruck erwecken, dass er unliebsame Beschlüsse des Parlaments ignoriert“, mahnt auch Peter Keibel von der IG BAU. Unverständlich sei, so Zinke, aus Sicht der Gewerkschaften nach wie vor der Widerstand der Berliner SPD-Spitze gegen einen Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde. In Rheinland-Pfalz, NRW und Bremen fordert und beschließt die SPD 8,50 Euro, in Berlin (und Brandenburg) 7,50 Euro. „Diese neue Ost-West-Spaltung ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel“.

Mit einer konsequenten sozial-ökologischen Beschaffungspraxis kann das Land Berlin wichtige politische und wirtschaftliche Impulse geben. Um den politischen Willen in die Praxis umzusetzen bedarf es klarer und überprüfbarer Ziele, in welchem Zeitraum wie viel CO2 eingespart werden soll. Dafür ist ein transparentes Monitoring notwendig, um bei Nichteinhaltung der Vorgaben auch rechtzeitig gegensteuern zu können. „Das Vergabegesetz war die notwendige Voraussetzung einer grünen Beschaffung, jetzt muss es in die Praxis umgesetzt werden.“, so Tobias Pforte-von Randow von Germanwatch. „Nach wie vor fehlt ein Zeit- und Maßnahmenplan, wie die Umsetzung und verwaltungsinterne Verankerung der angestrebten sozial-ökologischen Maßnahmen konkretisiert werden,“ so Gudrun Pinn von LAUB e.V.. Die Ausführungsvorschriften für ökologische Kriterien sind in absehbarer Zeit erstellt. Allerdings ist zu befürchten, dass der derzeitige politische Wille fehlt, die Ausführungsvorschriften durch den erforderlichen Senatsbeschluss politisch umzusetzen. „Bei der Frage der Besetzung und der Aufgaben der Kontrollkommission müssen Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen einbezogen werden“, fordert Zinke für das FAIRgabe-Bündnis.

Kontaktpersonen für die Presse: Astrid Geiermann (BER): 0176-23261325; Heiko Glawe (DGB Berlin-Brandenburg): 0171-6252764; Peter Keibel (IG BAU Berlin): 0151-12917595; Tobias Pforte-von Randow (Germanwatch): 0173-4350506; Gudrun Pinn (LAUB): 030-3328283.